

Die beiden US-Ökonomen Richard Wolff und Michael Hudson entlarven die neuen Sekundärsanktionen der US-Regierung gegen die Handelspartner des Iran als Versuch, Präsident Donald Trump bis zu den Zwischenwahlen im November als „starken Mann“ erscheinen zu lassen. Die Drohung des Ausschlusses aus dem Dollarsystem werde die Abwendung vom Dollar und die Nutzung des chinesischen Zahlungssystems CIPS vorantreiben und sei im Grunde ein wirtschaftlicher Selbstmord der USA. Die Voraussetzungen zur Öffnung der Straße von Hormus, die der Iran nach dem Scheitern des vorläufigen Friedensabkommens von der US-Regierung verlangt, gehen indes weit über die ursprünglichen Forderungen hinaus – wie der US-Politikwissenschaftler John Mearsheimer erklärt. Letzterer warnt daher vor dem Einsatz taktischer Atomwaffen. Von **Karsten Montag**.

Mit der am 24. August eingeleiteten „[Operation Economic Outcast](#)“ („Operation wirtschaftlicher Ausschluss“) versucht die US-Regierung verstärkt, dem Iran wirtschaftlich zu schaden. Diesmal sollen mit sogenannten Sekundärsanktionen die Handelspartner des Landes getroffen werden. Doch sowohl die bereits im März 2025 angekündigten wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Titel „[Making Iran Broke Again](#)“ als auch die militärischen Interventionen im Juni 2025 sowie seit Februar 2026 sind gescheitert. Statt die iranische Führung mit Angriffen auf Urananreicherungsanlagen, einem Enthauptungsschlag, Angriffen auf Raketenstellungen und Infrastruktur sowie mit einer Blockade der Straße von Hormus in die Knie zu zwingen, sind die Treibstoff- und Düngerpreise in der ganzen Welt – einschließlich in den USA – in die Höhe und Trumps Umfragewerte in den Keller gegangen. Statt die iranische Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen Einbußen des Landes zu Protesten gegen die eigene Führung zu bewegen, haben die militärischen Angriffe die Unterstützung der iranischen Führung im eigenen Land noch verstärkt.

In zwei vorangegangenen Beiträgen (siehe [hier](#) und [hier](#)) wurde versucht, die Folgen des Krieges gegen den Iran näher zu beleuchten und eine rationale Erklärung für die Entscheidung der US-Regierung zu finden, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 17. Juni 2026 – dem so genannten „Memorandum of Understanding“, kurz MoU – den Iran erneut anzugreifen. Während das Abkommen als ein Eingeständnis des Scheiterns der wirtschaftlichen und militärischen Aktionen gegen den Iran – und damit als eine rationale Entscheidung – gewertet werden kann, handelte US-Präsident Donald Trump mit der Anordnung erneuter Angriffe offensichtlich unüberlegt. Auch die Wirkung der von US-Finanzminister Scott Bessent angekündigten neuen Sekundärsanktionen, die angeblich zu einem „[ökonomischen D-Day](#)“ für den Iran führen sollen, ist äußerst fraglich.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums hat vier Tage nach der Ankündigung von „Operation Economic Outcast“ [erklärt](#), sein Land lehne „unrechtmäßige einseitige Sanktionen“ ab. Diese Haltung sei „konsequent und eindeutig“. China ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner des Iran und nimmt [nach Angaben des US-Kongresses](#) über 90 Prozent der iranischen Erdölexporte ab.

Auch Pakistan, ein weiterer wichtiger Handelspartner des Iran, [hat geäußert](#), es sei nicht „verpflichtet“, die einseitigen US-Sanktionen gegen den Iran einzuhalten, sofern diese nicht von den Vereinten Nationen verhängt würden. Der US-Ökonom Jeffrey Sachs kommt daher mit seiner Co-Autorin Sybil Fares in einem [aktuellen Beitrag](#) zu dem Schluss, dass die „Operation Economic Outcast“ wahrscheinlich ihre Ziele nicht erreichen wird. Die beiden Autoren bezeichnen den neuen Ansatz der US-Regierung zudem als „rechtswidrig“ und „grausam“.

„Operation Economic Outcast“ ist ein Theaterstück und wirtschaftlicher Selbstmord der USA

Wenn die neuen Sekundärsanktionen der US-Regierung offensichtlich zum Scheitern verurteilt sind, was ist dann deren eigentliches Ziel? Auf diese Frage haben die beiden US-Ökonomen Richard Wolff und Michael Hudson kürzlich [in einem Interview](#) mit dem in Brasilien lebenden iranischen Ingenieur Nima Alkhorshid eine einleuchtende und plausible Antwort geliefert. Nach Ansicht von Wolff haben die Sanktionen primär zum Ziel, dass sich Politiker wie Donald Trump und Scott Bessent der amerikanischen Öffentlichkeit bis zu den US-Zwischenwahlen Anfang November als „harte Kerle“ präsentieren können. Der ganze Trubel sei eine Art „Hollywood-Produkt“ – ein „Theaterstück“ und das „verzweifelte Verhalten“ der US-Regierung vor den anstehenden Wahlen. Darüber hinaus sei die Operation „kein ernst zu nehmendes Vorhaben“.

Hudson bezeichnete die Drohung Bessents, mit dem Iran kooperierende Länder, Banken und Unternehmen vom Dollarsystem auszuschließen, als „wirtschaftlichen Selbstmord“ der USA. Denn eine Ausgrenzung vom Finanztransaktionsnetzwerk „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“ (SWIFT) und vom „Clearing House Interbank Payments System“ (CHIPS), einem elektronischen Abwicklungssystem für den Zahlungsverkehr mit US-Dollar, würde die Handelspartner des Iran unweigerlich auf die 2015 von der chinesischen Zentralbank entwickelten Alternative „Cross-Border Inter-Bank Payments System“ (CIPS) zurückgreifen lassen. Wenn Trump und Bessent China, Russland und viele Länder des Globalen Südens vom Dollar abschneiden wollen, dann würden sie damit faktisch den Dollar isolieren. Die USA würden jegliche Fähigkeit verlieren, mit dem Dollar Handel zu treiben, zu investieren und Zahlungen zu erhalten – einschließlich

Schuldendienstzahlungen aus dem Globalen Süden, aus Asien und aus jedem anderen Land, welches das chinesische System nutze, so Hudson.

Wolff verwies in diesem Kontext auf die Möglichkeit, mit Schattenbanken die Sanktionen zu umgehen. Jede Bank von Bedeutung, die Geschäfte mit dem Iran mache und von Bessents Drohungen betroffen sei, würde eine neue Bank gründen, die ausschließlich mit dem Westen über SWIFT und CHIPS Zahlungsverkehr betreibt. Diese Schattenbank befinde sich „zufällig“ im selben Gebäude wie diejenige Bank, die über CIPS mit dem Iran Geschäfte macht. Wenn der Zahlungsvorgang mit dem Iran erledigt sei und die Bank ihre Provision erhalten habe, werde ein Bankangestellter sie über den Flur zur anderen Bank bringen und sie dort übergeben, und es werde eine Interbanküberweisung außerhalb des SWIFT-Systems stattfinden. Dieses Vorgehen sei nicht nachverfolgbar und damit nicht zu sanktionieren, erläuterte Wolff.

Die Ankündigung der „Operation Economic Outcast“ möge zwar aktuell nur wie ein kleines Manöver aussehen, könnte aber im Rückblick ein „Meilenstein“ auf dem Weg weg vom Dollar und weg von der dollarisierten Weltwirtschaft sein, erklärte Wolff weiter. Selbst Bessent sei dies offensichtlich bewusst, da er in seiner Pressekonferenz zu den Sekundärsanktionen gesagt habe, er wolle damit das „Weltwirtschaftssystem“ nicht sprengen. Selbst Trump und Bessent seien nicht so verrückt, China und Russland herauszufordern und das zu gefährden, was derzeit noch vom „amerikanischen Imperium“ übrig sei, so Wolff. Aus diesem Grund habe CIA-Chef John Ratcliffe den Medien aus dem Weg gehen und heimlich nach Moskau fliegen müssen, um die Russen zu beschwichtigen. Denn die neue Weltmacht befinde sich heute in Moskau und Peking.

Abschließend machte Hudson in dem Interview darauf aufmerksam, dass die US-Regierung derzeit die strategische Ölreserve des Landes zu niedrigen Preisen vornehmlich an US-Ölkonzerne veräußert. Sobald der Ölpreis infolge der Krise weiter ansteige, würden sich die Vereinigten Staaten an die amerikanischen Ölkonzerne wenden und all dieses Öl zum vielleicht doppelten ursprünglichen Preis zurückkaufen. Das werde den Unternehmen Gewinne in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar bescheren und diese ganze Ölkrise zu einem „Goldgruben-Geschäft“ für die US-Ölindustrie machen.

Wolff erklärte zum Abschluss, der „unglaubliche Reichtum“ Westeuropas in den letzten fünf Jahrhunderten beruhe auf der kolonialen Ausbeutung der Welt. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg hätten sich die imperialistischen europäischen Länder gegenseitig „in Stücke“ gesprengt. Der Grund, warum die USA in den vergangenen 70 Jahren so „unglaublich reich“ waren, lag in der Vereinigung dieser Kolonialmacht unter ihrem eigenen Dach. Das derzeitige Problem sei, dass dieses gesamte kapitalistische und imperialistische System

auseinanderfällt – und niemand wisse so recht, wie man damit umgehen soll.

Forderungen des Iran gegenüber den USA mittlerweile deutlich höher als noch vor dem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen

Nachdem das im Juni unterzeichnete MoU scheiterte und die USA erneut den Iran angriffen, verlangte die iranische Führung am 8. August [neue Voraussetzungen](#) von der US-Regierung, um die Straße von Hormus wieder für den Seeverkehr zu öffnen. Der US-Politikwissenschaftler [John Mearsheimer erklärt](#) auf seinem YouTube-Kanal, wie sich die aktuellen iranischen Forderungen von denjenigen unterscheiden, die zum vorläufigen Übereinkommen vom 17. Juni geführt haben. Neben der Auflage für beide Seiten, die Blockade der Straße von Hormus zu beenden, seien die USA im MoU dazu verpflichtet worden,

- die Ölsanktionen gegen den Iran aufzuheben,
- einen Waffenstillstand zwischen den USA, Israel und dem Iran zu versichern sowie
- einen Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon herbeizuführen.

Die weiteren Punkte des MoU,

- die Kontrolle der Straße von Hormus,
- Gebühren zur Nutzung der Meerenge,
- die US-Militärpräsenz in der Region,
- das Aufheben aller Sanktionen gegen den Iran,
- die Rückgabe der eingefrorenen iranischen Auslandsvermögen,
- die Zahlung von Reparationen an den Iran sowie
- das Urananreicherungsprogramm,

sollten innerhalb einer Frist von 60 Tagen verhandelt werden.

In den Forderungen vom 8. August sollen sich die USA laut Mearsheimer jedoch dazu verpflichten, bis auf die Verhandlungen zum iranischen Urananreicherungsprogramm alle Punkte des MoU ohne Verhandlungen anzuerkennen – einschließlich

- der Herbeiführung eines Waffenstillstands nicht nur im Libanon, sondern auch in Gaza, im Jemen und im Irak,
- der Anerkennung der Kontrolle des Iran und des Oman über die Straße von Hormus,
- der Akzeptanz von Gebühren für die Nutzung des Seeweges und
- der Zahlung von 300 Milliarden Dollar Reparationen.

Damit würde die US-Regierung jeglichen Verhandlungsspielraum zur Eingrenzung des iranischen Urananreicherungsprogramms verlieren, so Mearsheimer. Darüber hinaus sei es wichtig, zu verstehen, dass die Iraner nach den Angriffen der USA und Israels seit dem 28. Februar nun einen „enormen Anreiz“ hätten, sich Atomwaffen zu beschaffen. Dass US-Präsident Trump eine derartige „demütigende Niederlage“ akzeptieren wird, sei aus Sicht des US-Politologen nur schwer vorstellbar. Es stelle sich die Frage, welche Optionen ihm verbleiben, wenn er das Abkommen nicht akzeptieren will und gleichzeitig unbedingt die Meerenge öffnen möchte.

Taktische Atomwaffen können einen Sieg nicht herbeiführen

In einem [weiteren Beitrag](#) seines YouTube-Kanals geht Mearsheimer auf das Problem ein, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr über die industrielle Basis verfügen, um Russland in der Ukraine oder den Iran in einem direkten Schlagabtausch mit konventionellen Waffen zu besiegen – geschweige denn China in einer möglichen lang andauernden militärischen Konfrontation. Aus diesem Grund gebe es in der Presse zahlreiche Berichte, wonach die Vereinigten Staaten sehr daran interessiert seien, ihre Optionen im Hinblick auf den Einsatz von Atomwaffen zu erweitern. In diesem Zusammenhang sei viel darüber gesprochen worden, künftig stärker auf taktische Atomwaffen zu setzen – sowohl zu Abschreckungszwecken als auch zur Kriegsführung.

Um die Gefährlichkeit und Sinnlosigkeit dieser Optionen herauszustellen, greift Mearsheimer auf die [NATO-Übung „Carte Blanche“](#) aus dem Jahr 1955 zurück. Da die Bundesrepublik Deutschland in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht über eine konventionelle Armee verfügte, habe die NATO in dieser Übung die

Verteidigung Westdeutschlands nach einem konventionellen Angriff durch die Sowjetunion mit taktischen Atomwaffen simuliert. Das Ergebnis sei gewesen, dass in diesem Szenario 1,7 Millionen Westdeutsche starben und 3,5 Millionen verwundet wurden. Zudem berücksichtigten diese Zahlen nicht die Todesfälle, die später infolge der Strahlenvergiftung eintreten würden. Im Grunde genommen besage dies, dass man Deutschland zerstören muss, um Deutschland zu retten. Die Kriegsübung sei als Beweis dafür angesehen worden, dass es schwer vorstellbar war, wie man Westdeutschland mit taktischen Atomwaffen verteidigen könnte, ohne es als funktionierenden Staat zu zerstören, so Mearsheimer.

Aus den Erkenntnissen dieser Übung habe die NATO 1967 schlussendlich die [Verteidigungsstrategie MC 14/3](#) verabschiedet, führt der Politologe weiter aus. Diese Doktrin sehe vor, nach einer gescheiterten konventionellen Verteidigung Westeuropas zunächst nur eine Handvoll Nuklearwaffen gegen ausgewählte Ziele beispielsweise in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei oder in Polen einzusetzen, um den Gegner vor einer weiteren Eskalation abzuschrecken. Damit habe man sich in der NATO erhofft, dass die Sowjetunion ihre Offensive gegen Westeuropa einstellt, um keinen weltweiten Atomkrieg zu riskieren. Im Mittelpunkt dieser Strategie habe die Gefahr der Eskalation gestanden, nicht die Möglichkeit, einen Krieg mit taktischen Atomwaffen zu gewinnen. Daher sei es „völlig ausgeschlossen“, dass die Vereinigten Staaten in Europa oder in Ostasien einen Krieg mit taktischen Atomwaffen führen und diesen Krieg in irgendeiner sinnvollen Weise gewinnen könnten, machte Mearsheimer deutlich. Eine mögliche Eskalation bis hin zu einem weltweiten Atomkrieg sei jedoch beim Einsatz taktischer Atomwaffen nur schwer kontrollierbar.

Titelbild: rustamxakim / shutterstock.com

